

## **A n t r a g**

**der Fraktion FREIE WÄHLER**

### **EntschlieÙung**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 18/1800 –

Landeshaushaltsgesetz 2022

### **Für mehr Gleichberechtigung, mehr Aufklärung und: Defizite in der Gleichstellungs- und Frauenpolitik endlich angehen**

Der Landtag stellt fest:

In der Coronakrise hat sich gezeigt, dass oftmals Frauen die sogenannte „unbezahlte Kehrarbeit“ zu Hause leisten mussten. Auch nach vielen Fortschritten bei der Gleichstellungs Gleichstellungs- und Aufklärungsarbeit scheint bei Krisen die Frau diejenige zu sein, welche sich eher um Familie, Kinder und den Hausstand kümmert. Dies erschließt sich oftmals aus konkreten und handfesten Überlegungen der Frauen selbst. Bei diesen Entscheidungen, wer in der Partnerschaft im Zweifel zu Hause bleibt, stehen oftmals für Frauen die Fragen nach dem Verdienst im Vergleich zum Ehepartner, nach dem „richtigen“ Zeitpunkt für den Kinderwunsch und den Karrieremöglichkeiten im Vordergrund. Hier bestehen noch große Bedürfnisse für Verbesserungen.

Frauen befürchten oftmals Karrierenachteile, wenn sie bei Bewerbungsgesprächen offen einen Kinderwunsch äußern, was Planungssicherheiten bei Arbeitgebern, aber auch bei ihnen selbst kostet. Ebenso leiden viele unter den immer noch in der Gesellschaft vorherrschenden Bildern der „fürsorglichen Vollzeitmutter“ und der „vollbeschäftigten Rabenmutter“. Frauen, welche einer Beschäftigung nachgehen und gleichsam die Kinder nach dem antiquierten Rollenbild der „fürsorglichen glorifizierten Vollzeitmutter“ aufziehen wollen, erleben eine harte Doppelbelastung. Diese Doppelbelastung wird verschlimmert durch diverse antiquierte Rollenbilder, welche diese tüchtigen Frauen und Mütter, aber auch ihre Familien, nur unglücklich machen. Gegen diese altmodischen Rollenbilder muss durch Aufklärung aktiv in der Gesellschaft vorgegangen und vielen antiquierten, unrealistischen und unfairen Erwartungen an Frauen und Mütter ein Ende gesetzt werden.

In vielen gesellschaftlichen Feldern werden weibliche Themen oftmals unnötig tabuisiert. Probleme des Alltags, Erkrankungen oder Interesse Interessen, welche z. B. mit der Menstruation im Zusammenhang stehen, werden antiquiert oder unbewusst negativ dargestellt. So steht eine ernstere und intensivere Forschung um Erkrankungen des weiblichen Körpers wie z. B. Endometriose noch aus. Gleichfalls werden Frauen, welche als Sexarbeiterinnen tätig sind, oftmals gesellschaftlich geächtet und auch ausgenutzt. Hier stehen weitere Schritte für ein anerkanntes Berufsbild, sichere Arbeitsbedingungen, selbstbestimmte Tätigkeit als Berufstätige und grundlegende Aufklärungsarbeit in der Gesellschaft noch aus.

Ebenso in der schulischen Aufklärungsarbeit, bei der oftmals junge Frauen ungenügend aufgeklärt werden und bei Interesse keine kompetenten Ansprechpartner finden können, da die Personaldecke in den Schulen dies oftmals nicht gewährleisten kann. Hier kann und sollte Abhilfe geschaffen werden. Eine ordentliche, wissenschaftlich fundierte und moderne Aufklärung, welche bereits in den Schulen den jungen Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland Pfalz eine positive Einstellung zum weiblichen Körper und Wesen des Menschen vermittelt, wollen wir gewährleisten.

Ein verbreitetes ebenso antiquiertes Rollenbild von der Rolle der Frauen in Beziehungen und überzogene Erwartungen an sich selbst, verhindern oftmals das Erkennen von Problemen in der Partnerschaft oder generell in Beziehungen. Bei Problemen in der Partnerschaft, bei sexuellen Übergriffen und generell bei Gewalt, sollten die Hilfsangebote für Betroffene, besonders für Frauen zeitnah und nahbar zur Verfügung stehen. Die Frauen und Sorgentelefone, Beratungsstellen und Frauenhäuser sowie Therapieplätze leisten eine wertvolle und vielfach übersehene Arbeit. Eine solide Finanzierung dieser Einrichtungen und Angebote rettet Leben und bietet Betroffenen oftmals eine erste Anlaufstelle bei Problemen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die Doppelbelastung von Berufstätigen durch den weiteren Ausbau von Kitaplätzen Angeboten sowie den Ausbau der Personaldecke der Kitas zu mindern,
2. durch Aufklärungsarbeit die Attraktivität der Nutzung der Elternzeit durch Männer zu fördern,
3. Frauen und Arbeitgebern weitere arbeitsrechtliche Sicherheiten für die Erfüllung des Kinderwunsches von Frauen diskriminierungsfrei zu ermöglichen,
4. die Enttabuisierung des weiblichen Körpers und Wesens des Menschen in der Bildungs- und Gesellschaftspolitik zu fördern,
5. die Enttabuisierung von Sexarbeit, die Unterstützung von Frauen in diesem Berufsfeld und das Beratungsangebot für diese zu erweitern und weiter auszubauen,
6. sich aktiv an der Erforschung von chronischen Erkrankungen des weiblichen Körpers z. B. zur Endometriose zu beteiligen,
7. sich einzusetzen für die Anerkennung von Endometriose als chronische Erkrankung,
8. Beratungsangebote wie Hilfsangebote für betroffene Frauen wie Frauentelefone, Frauenhäuser und Therapieangebote für Opfer sexueller Gewalt aufzuwerten und finanziell zu unterstützen.

Für die Fraktion:  
Stephan Wefelscheid